

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang Berlin, den 17. Februar 1950 Nummer 8

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Vollbeschäftigung und Produktivität
Das Beispiel Großbritanniens

In weiten Kreisen gilt es als unumstößliches Axiom, daß Politik der Vollbeschäftigung und höchstmögliche Steigerung der Produktivität sich gegenseitig ausschließen, ja, daß die Vollbeschäftigungspolitik zu einer derartigen Erlahmung des technischen Fortschrittes führe, daß sie an den Wirtschaftsnöten Westeuropas und vor allem an der mangelhaften Konkurrenzfähigkeit Westeuropas auf den Überseemärkten und damit an der bedenklichen Dollarknappheit in erster Linie schuld sei. Theoretisch und auf Grund von Einzelerfahrungen läßt sich viel zugunsten dieser Behauptung anführen: die dauernd hohe Nachfrage, die mit einer wirksamen Vollbeschäftigungspolitik notwendig verbunden ist, mildert zweifellos da und dort den Konkurrenzkampf und vielleicht auch gelegentlich den Anreiz zur Leistungssteigerung bei den Arbeitnehmern. Im ganzen jedoch erweist die empirische Untersuchung des Problems, daß dieses an sich einsichtige Axiom nicht zutreffend sein dürfte. Offensichtlich bedarf die Wirtschaft keineswegs in dem Maße, wie dies die neo-liberale Theorie z. T. behauptet, der Peitsche der Depression („Reinigungskrise“), um den technischen Fortschritt zu pflegen; die Aussicht, durch technische Neuerungen mehr verdienen zu können, und der Druck, der von dem Streben nach höheren Löhnen auf die Unternehmungen in der Richtung einer Steigerung der Effizienz ausgeht, sind offenbar ausreichend, um eine beträchtliche laufende Produktivitätssteigerung durchzusetzen. Der Vorteil der Vollbeschäftigungspolitik — ein laufend hohes und, nach Abzug des öffentlichen Bedarfes, auf alle Arbeitsfähigen verteiltes Sozialprodukt — wird also nicht notwendig mit verminderter Wachstumsrate der Produktivität erkauft. Im Hinblick auf die Bedeutung für die aktuellen Fragen der Beseitigung der Arbeitslosigkeit bedarf das angeführte Axiom schleunigst einer gründlichen Revision an Hand der Tatsachen, wobei allerdings bei dem in diesen schwierigen Fragen noch nicht voll befriedigenden Zu-

stand der statistischen Methoden die verfügbaren statistischen Angaben in ihrem Aussagewert natürlich nicht überfordert werden dürfen.

Produktionsentwicklung und Produktivität

Eine mehr oder weniger ausgesprochene Vollbeschäftigungspolitik wird zur Zeit von einer erheblichen Anzahl von Ländern angestrebt; sie sind der Zahl und ihrer Bedeutung nach gewichtiger als die Länder, die sich im Hinblick auf die Beschäftigungspolitik im Sinne der klassischen liberalen Theorie neutral zu verhalten suchen. Der Prototypus der Länder, die Vollbeschäftigung als Ziel gesetzt haben, ist noch immer Großbritannien; da hier auch die Schwierigkeiten in der Außenwirtschaft am brennendsten und für die ganze Weltwirtschaft folgenreicher sind, wird die Vollbeschäftigungspolitik für das Versagen verantwortlich gemacht. Der Zusammenhang zwischen der Vollbeschäftigungspolitik und der Klemme in den Außenwirtschaftsbeziehungen wird vornehmlich in den ange-

Industrielle Produktion in fünfzehn europäischen Ländern¹⁾
1938 = 100

L a n d	1946	1947	1948 ⁴⁾	1949 ⁴⁾
Österreich ²⁾	40 ³⁾	51	78	103
Belgien	89	106	115	117
Bulgarien	122	145	170	.
Tschechoslowakei ²⁾	.	87	103	112
Dänemark	101	116	129	134
Frankreich	79	95	111	122
Deutschland (Bizone)	29	34	51	76
Griechenland	56	71	77	92
Irland	110	116	134	142
Italien	.	93	98	105
Niederlande	74	94	113	126
Norwegen	94	108	118	125
Polen	79	104	133	154
Schweden	136	138	143	146
Großbritannien	101	110	124	133
Zusammen				
einschl. Deutschland	72	86	96	109
ohne Deutschland	88	102	113	123
UdSSR	76	93	118	.

1) 1946-48 nach: Economic Survey of Europe for 1948, Geneva 1949. Die Ziffern wurden z. T. auf Grund neuester Unterlagen vom DJW gegenüber den Angaben der ECO etwas geändert. 1949: Vorläufige Schätzung des DJW; auf Grund der für 1949 bisher vorliegenden Ziffern fortgeschrieben. — 2) Basis 1937 = 100. — 3) Schätzung. — 4) Vorläufig.

lichen Rückwirkungen der Vollbeschäftigungspolitik auf die Produktivität und damit auch auf die außenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit gesehen. Wie hat sich nun die Produktivität Großbritanniens im Verhältnis zu den übrigen europäischen Ländern tatsächlich entwickelt?

Daß Großbritannien mit seiner industriellen Produktion innerhalb der europäischen Länder der Entwicklung nach in der Spitzengruppe liegt, ist bekannt. Es wird in der Steigerung der industriellen Produktion seit 1938 selbst innerhalb der Länder, die Vollbeschäftigung erstreben (in Europa vor allem die Niederlande, Norwegen, Schweden und Großbritannien) nur von Schweden übertroffen, von den industriell „jungen“ Ländern abgesehen, die z. T. einen ungewöhnlich starken strukturellen Produktionsanstieg aufweisen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß Großbritannien bereits 1938 — infolge der seit 1932 betriebenen Vollbeschäftigungspolitik — einen vergleichsweise (vor allem etwa gegenüber Frankreich) hohen Produktionsstand hatte. Und in der jüngsten, weitgehend depressiven Entwicklung des Jahres 1949 „ist Großbritannien das einzige Land, in dem die Entwicklung in der Industrie als voll befriedigend angesehen werden kann“¹⁾.

Wenn man demgegenüber behauptet, daß diese Entwicklung des Gesamtumfanges der Produktion durch eine Lähmung der an sich möglichen Steigerung der Produktivität erkaufte worden sei, so ist dies zwar nicht ausgeschlossen; aber man wird es noch zu beweisen haben. Im Rahmen der in Europa erzielten Produktivitätsentwicklung in der Industrie liegt jedenfalls Großbritannien — im Vergleich zur Vorkriegszeit — ebenfalls in der Spitzengruppe. Dabei ist wiederum noch in Rechnung zu stellen, daß die britische Produktion und Kapazitätsausnutzung schon 1938 sehr

Industrielle Produktion je Beschäftigten in sechzehn europäischen Ländern¹⁾
1938 = 100

L a n d	1946	1947	1948 ²⁾	1949 ²⁾
Österreich ³⁾	40	43	58	69
Belgien	97	91	97	104
Bulgarien	·	91	115	·
Tschechoslowakei ³⁾	·	89	100	104
Dänemark	84	92	97	99
Finnland	89	101	115	·
Frankreich	81	90	111	120
Deutschland (Bizone)	38	40	54	66
Ungarn	54	86	107	·
Irland	97	96	106	·
Italien	53	69	76	·
Niederlande	71	77	84	88
Norwegen	82	85	86	87
Polen	81	87	99	·
Schweden	111	113	116	117
Großbritannien	98	102	110	116
Zusammen				
einschl. Deutschland	77	83	88	96
ohne Deutschland	86	92	97	103

1) 1946—48 nach Economic Survey a. a. O. Die Ziffern wurden z. T. vom DJW auf Grund neuester Unterlagen gegenüber den Angaben des „Survey“ etwas geändert. 1949: Vorläufige Schätzung des DJW; auf Grund der für 1949 bisher vorliegenden Ziffern fortgeschrieben. — 2) Vorläufig. — 3) Basis 1937 = 100.

¹⁾ Economic Bulletin for Europe. (Economic Commission for Europe der UN) 1949. III. S. 3.

hoch war und ferner auch, daß der z. T. erheblich stärkere prozentuale Anstieg in anderen Ländern in den Nachkriegsjahren lediglich auf den vorangegangenen starken Verfall der Produktivität (wie z. B. auch in Westdeutschland) zurückgeht und hier also überhaupt erst eine Annäherung an den früheren Normalstand erzielt werden mußte — und auch leicht erzielt werden konnte.

Was hiermit für die Industrie festgestellt ist, gilt im ganzen auch für die gesamte Produktion:

Gütererzeugung in Industrie und Landwirtschaft pro Kopf der Bevölkerung¹⁾
in Dollar zu Preisen des Jahres 1938

L a n d	1938	1948
Dänemark	167	179
Norwegen	133	148
Schweden	203	237
Großbritannien	182	200
Belgien-Luxemburg	147	154
Frankreich	136	139
Niederlande	132	124
Schweiz	185	233
Tschechoslowakei	103	115
Polen	62	87
Italien	71	58
Europa gesamt ²⁾ ohne Deutschland	97	104
Deutschland	189	90
Europa gesamt ²⁾ einschl. Deutschland	113	101
Ver. St. v. Amerika	225	331

¹⁾ Nach Economic Survey a. a. O. — ²⁾ Einschließlich der nicht aufgeführten Länder.

Selbst die an sich schon problematische Annahme, daß die Vollbeschäftigungspolitik durch die mit ihr notwendig verbundene Stützung des Konsums die Investitionen beeinträchtigt habe, ist insofern kaum stichhaltig, als Großbritannien auch in der Investitionsrate in der Gruppe mit relativ hohen Werten liegt. Berücksichtigt man noch die Höhe des in Großbritannien schon vorhandenen Kapitalstocks, d. h. des Grades der Industrialisierung, so ist die britische Investitionsrate

Netto-Investition¹⁾ von festem Kapital (fixed capital)
in vH des Volkseinkommens²⁾

L a n d	1938	1947	1948
Norwegen	15	24	22
Jugoslawien	5	15	15
Dänemark	8	11	11
Niederlande	10	12	11
Schweden	9	13	10
Großbritannien	8	9	9
Italien	10	9	9
Frankreich	2	8	7
Belgien	·	6	·
Polen	6	5	5

1) D. h. ohne Ersatz-Investitionen. — 2) Nach „Economic Survey“ a. a. O. Auf Preisbasis 1938 berechnet.

vergleichsweise sogar recht hoch. — Ein ganz besonderes Problem ergibt sich allerdings dadurch, daß die Investitionen in Europa trotz des übertriebenen „Investitions-Nationalismus“ im Vergleich zum Aufbau- und Fortschrittsbedarf im ganzen ausgesprochen unzureichend sind.

Vollbeschäftigungspolitik und Arbeitslosigkeit

Selbst wenn es richtig wäre — was es also wohl nicht ist —, daß die Vollbeschäftigungspolitik die Produktivität behindere, so bliebe noch zu prüfen, was die Politik der Neutralität gegenüber

der Beschäftigungsentwicklung volkswirtschaftlich kostet. Arbeitslosigkeit bedeutet einen laufenden Ausfall an möglicher Produktion und zugleich Aufwand für die Unterhaltung der Arbeitslosen aus dem Einkommen der Beschäftigten, d. h. aus dem von ihnen erzeugten Sozialprodukt.

Stand der Arbeitslosigkeit in wichtigen europäischen Ländern¹⁾ im 3. Vierteljahr 1949

L a n d	Original-Ziffer	Bereinigte Ziffer ²⁾	Bereinigte Ziffer in vH des Gesamtbestandes an Arbeitskräften
	Anzahl in 1000		
	ausschließl. Landwirtschaft		
Österreich	44	60	3
Belgien	153	153	8
Dänemark	15	20	2
Finnland	2	2	0
Frankreich	42	95	1
Deutschland (Bizone)	1163	1163	10
Westberlin	225	.	23
Irland	29	.	.
Niederlande	44	44	2
Norwegen	3	3	0
Spanien	106	106	2
Schweden	15	18	1
Schweiz	5	5	0
Großbritannien	242	242	1
	einschließl. Landwirtschaft		
Italien	1509	.	.

¹⁾ Economic Bulletin for Europe a. a. O. 1949. III — ²⁾ D. h. annähernd vergleichbar gemacht.

Die vH-Ziffern über die Arbeitslosigkeit geben einen ungefähren Anhaltspunkt dafür ab, ob und inwieweit sich das tatsächlich erzielte Sozialprodukt unter dem an sich wahrscheinlich erzielbaren hält, wobei natürlich nicht übersehen werden soll, daß eine rein nationale Vollbeschäftigungspolitik in manchen Fällen nur begrenzt durchführbar sein könnte, soweit nämlich strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit (wie in Westdeutschland, Westberlin und Italien) vorliegen, die beseitigt oder doch gemildert werden müssen.

— und die Außenwirtschaftsbilanz?

Wenn also das Argument, die Vollbeschäftigung hemme die Produktivität und vermindere damit die Konkurrenzkraft auf dem Auslandsmarkt, auf schwachen Füßen steht, so ist auch der Vorwurf, die Vollbeschäftigung sei an der schwierigen Außenwirtschaftslage (Großbritanniens wie auch anderer europäischer Länder) schuld, neu zu überprüfen. Der Abstand der Produktivität (Erzeugung pro Kopf der Beschäftigten) in Europa gegenüber der in den Vereinigten Staaten erzielten war 1948 in der Industrie etwa wie 1 : 4, in der Landwirtschaft etwa wie 1 : 6⁴⁾. Bisher haben die Länder, die Vollbeschäftigungspolitik betreiben, in dem Versuch, den immer noch wachsenden Vorsprung Amerikas⁴⁾ wenigstens nicht mehr allzu sehr anwachsen zu lassen, gewiß nicht schlechter abgeschnitten als die anderen. Daran also kann es — jedenfalls für die zurückliegende Zeit der Vollbeschäftigungspolitik — kaum liegen. Auch ist es bekannt, daß eine hoch-, aber nicht überbeschäftigte Wirtschaft durch die hohe Kapazitätsausnutzung u. a. m. auch in der Auslandskonkurrenz über eine gesunde Stoßkraft verfügen kann, die sonst schwerlich vorhanden wäre, es sei denn, daß man Notverkäufe (infolge deflatorisch-depressiven Druckes) unter Selbstkosten als gesund ansieht. Vollbeschäftigung entwickelt zudem alle gesunden Möglichkeiten der Eigenversorgung aus einheimischer Produktion und trägt somit u. U. erheblich zur Erleichterung der Außenhandelsklemme bei; aber sie erhöht natürlich auch den Einfuhrbedarf, und es ist nicht generell vorauszusehen, ob sich als Resultat der drei genannten Tendenzen im jeweils bestimmten Fall eine Verbesserung oder eine Verschlechterung der Außenhandelsbilanz ergibt. Jedenfalls kann beides der Fall sein — und im Falle Großbritanniens ist die positive Variante die wahrscheinlichere gewesen. Nur war angesichts der gesamten Weltwirtschaftssituation diese Verbesserung noch lange nicht „ausreichend“. Ob die Außenwirtschaftslage aber bei entgegengesetzter Wirtschaftspolitik nicht noch viel verzweifelter geworden wäre, darf wenigstens als Frage aufgeworfen werden. Selbstverständlich erschwert eine isolierte Vollbeschäftigungspolitik in einem Lande — und das trifft dem Grade der Politik nach heute für Großbritannien wieder zu — durch die Stützung der allgemeinen Preisentwicklung, die mit ihr notwendig verbunden ist, die Austauschrelationen des Landes im Außenhandel und ergibt dann u. U. einen unangenehmen Druck auf die Währung. Die grundlegenden Bedenken gegen die Vollbeschäftigungspolitik (und gegen „autonome“ Konjunkturpolitik überhaupt) liegen aber nicht hier, sondern darin, daß eine Vollbeschäftigungspolitik auf dem zu engen Raum einer Nationalwirtschaft allmählich zu Fehlinvestitionen (Investitionen zur Abrundung des nationalen Wirtschaftskörpers und zur Entlastung der Einfuhr) führt, die die Kosten senkenden und den Lebensstandard erhöhenden Vorteile einer großräumigen und weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung nicht mehr auszunutzen gestatten. Die autonome Konjunktur- und die Vollbeschäftigungspolitik hat zwar diesen heillosen Wirtschafts-

Politik betreiben, in dem Versuch, den immer noch wachsenden Vorsprung Amerikas⁴⁾ wenigstens nicht mehr allzu sehr anwachsen zu lassen, gewiß nicht schlechter abgeschnitten als die anderen. Daran also kann es — jedenfalls für die zurückliegende Zeit der Vollbeschäftigungspolitik — kaum liegen. Auch ist es bekannt, daß eine hoch-, aber nicht überbeschäftigte Wirtschaft durch die hohe Kapazitätsausnutzung u. a. m. auch in der Auslandskonkurrenz über eine gesunde Stoßkraft verfügen kann, die sonst schwerlich vorhanden wäre, es sei denn, daß man Notverkäufe (infolge deflatorisch-depressiven Druckes) unter Selbstkosten als gesund ansieht. Vollbeschäftigung entwickelt zudem alle gesunden Möglichkeiten der Eigenversorgung aus einheimischer Produktion und trägt somit u. U. erheblich zur Erleichterung der Außenhandelsklemme bei; aber sie erhöht natürlich auch den Einfuhrbedarf, und es ist nicht generell vorauszusehen, ob sich als Resultat der drei genannten Tendenzen im jeweils bestimmten Fall eine Verbesserung oder eine Verschlechterung der Außenhandelsbilanz ergibt. Jedenfalls kann beides der Fall sein — und im Falle Großbritanniens ist die positive Variante die wahrscheinlichere gewesen. Nur war angesichts der gesamten Weltwirtschaftssituation diese Verbesserung noch lange nicht „ausreichend“. Ob die Außenwirtschaftslage aber bei entgegengesetzter Wirtschaftspolitik nicht noch viel verzweifelter geworden wäre, darf wenigstens als Frage aufgeworfen werden. Selbstverständlich erschwert eine isolierte Vollbeschäftigungspolitik in einem Lande — und das trifft dem Grade der Politik nach heute für Großbritannien wieder zu — durch die Stützung der allgemeinen Preisentwicklung, die mit ihr notwendig verbunden ist, die Austauschrelationen des Landes im Außenhandel und ergibt dann u. U. einen unangenehmen Druck auf die Währung. Die grundlegenden Bedenken gegen die Vollbeschäftigungspolitik (und gegen „autonome“ Konjunkturpolitik überhaupt) liegen aber nicht hier, sondern darin, daß eine Vollbeschäftigungspolitik auf dem zu engen Raum einer Nationalwirtschaft allmählich zu Fehlinvestitionen (Investitionen zur Abrundung des nationalen Wirtschaftskörpers und zur Entlastung der Einfuhr) führt, die die Kosten senkenden und den Lebensstandard erhöhenden Vorteile einer großräumigen und weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung nicht mehr auszunutzen gestatten. Die autonome Konjunktur- und die Vollbeschäftigungspolitik hat zwar diesen heillosen Wirtschafts-

⁴⁾ Nach Berechnungen der Economic Commission for Europe der UN. Dieser Abstand, der 1938 etwas geringer war (in der Industrie etwa 1 : 3, in der Landwirtschaft erheblich höher), ist natürlich z. T. durch die kriegsbedingten Behinderungen der europäischen Produktion verursacht, aber eben nicht allein. Die Hauptursache dürfte zweifellos in dem produktivitätshindernden, seit Jahrzehnten verschärften Wirtschaftsnationalismus in Europa zu suchen sein.

⁴⁾ In den Vereinigten Staaten wuchs von 1938 bis 1948 die Produktivität in der Industrie um 27 vH. Da die Vereinigten Staaten in der Politik der Vermehrung der Beschäftigung (Zunahme von 1938 bis 1948 in der Industrie 73 vH, im ganzen ausschließlich Landwirtschaft 53 vH) einen beispiellosen Erfolg errungen haben, bilden ihre Erfahrungen geradezu den experimentellen Beweis für die außerordentlichen Möglichkeiten der Produktivitätserhöhung bei gleichzeitiger Vollbeschäftigungspolitik — allerdings auf dem Raume eines großen Wirtschaftsgebietes.

nationalismus (schon in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg) tatsächlich erheblich verstärkt. Im bisherigen Aufschwung nach dem Krieg, wo es sich vor allem um die Befriedigung von Nachholinvestitionen handelte, sind aber diese an sich sehr schwerwiegenden „Nachteile“ noch kaum so einschneidend gewesen, daß sie die Vorteile überwogen hätten. Wenn nicht alles täuscht, beginnt sich dies — z. T. auf Grund der schon vorgenommenen nationalistischen „Fehl-investitionen“ — allerdings nun rasch zu ändern. Doch hängen die damit auftretenden Gefahren

nicht notwendig mit der Vollbeschäftigungs-politik zusammen¹⁾. Es zeigt sich nun — womit die Economic Commission for Europe eine ihrer neuesten Studien schließt —²⁾ „Es ist leichter, eine wirtschaftliche Einheit auseinanderzu-brechen als eine zu schaffen“. Die in Wirklich-keit gestellte Aufgabe ist klar: Schaffung weit-räumiger Wirtschaftsintegration auf der Basis der natürlichen Arbeitsteilung und Vollbeschäf-tigung.

¹⁾ Vgl. dazu Vierteljahresshette zur Wirtschaftsforschung, Jahr-gang 1949, Heft 4, S. 229 ff. (bes. S. 234 ff.).

²⁾ Economic Bulletin for Europe 1949, III, S. 53.

Die deutsche Binnenschifffahrt seit Kriegsende

Der Wiederaufbau der deutschen Binnenschiff-fahrt hat in den Nachkriegsjahren langsamere Fortschritte als der der Eisenbahn gemacht. Das deutsche Rumpfgebiet verfügt heute über knapp zwei Drittel seines 1936er Schiffsparks. Nur bei den Selbstfahrern (Kähne mit eigenem Antrieb) liegt der gegenwärtige Besitzstand höher. Im Jahre 1949 zählte das Vereinigte Wirtschafts-gebiet an einsatzfähigen Fahrzeugen rd. 2,8 Mill. t Frachtraum und etwa 240 000 PS Schleppkraft; für die französische Zone lauten die entsprechen- den Zahlen 154 000 t und 15 000 PS. Über die Binnenflotte der sowjetischen Besatzungszone liegen keine offiziellen Angaben vor; man wird jedoch die Tragfähigkeit der hier beheimateten Schiffe auf höchstens 500 000 t, die Maschinen- stärke der Schlepper auf ca. 45 000 PS schätzen können.

Die Binnenschifffahrt im Vierzonengebiet

Netz bzw. Flotte	1 9 3 6		1 9 4 9		
	Bizone und Französ. Zone	Sowj. Zone*)	Bizone	Französ. Zone	Sowj. Zone*)
Wasserstraßennetz (km)	4280	2000	4280		2000
Binnenflotte					
Schlepper (1000PS)	365	85	241	15	ca. 45
Kähne (1000 t)	3650	1030	2321 ¹⁾	142	ca. 450
Selbstfahrer (1000 t)	443	112	457 ²⁾	12	ca. 30
*) Einschl. Berlin. — 1) Einschl. 96 000 t Tankschiffraum. —					
2) Einschl. 55 000 t Tankschiffraum.					

Infolge der östlichen Gebietsabtrennungen hat sich das Schwergewicht des Binnenschiffsverkehrs noch stärker als es schon vor dem Kriege der Fall war nach Westdeutschland ver-schoben, das heute über mehr als zwei Drittel der Deutschland verbliebenen verkehrswichtigen Wasserstraßen und über etwa den gleichen Anteil der noch vorhandenen Binnenschiffstonnage verfügt.

Nachdem in den ersten Jahren nach Kriegs-ende die Wasserstraßen aufgeräumt worden

waren, setzte, unterstützt durch günstige Wasser-standsverhältnisse, im Jahre 1948 ein erheblicher Aufschwung im Binnenschiffsverkehr in allen vier Zonen ein, der auch 1949 anhält.

Die Güterbeförderung auf den Binnenwasserstraßen
Ein- und Ausladungen in 1000 t

G e b i e t	Monatsdurchschnitte		
	1947	1948	1949 (Jan./Nov.)
Vereinigtes Wirtschafts- gebiet	3377	5602	6342
Französische Zone	209	464	567
Sowjetische Zone und Berlin	ca. 450	ca. 716	•
Vier Zonen und Berlin	ca. 4036	ca. 6782	•

Im Bundesgebiet stieg der Güterumschlag im Binnenschiffsverkehr 1949 im Mittel auf etwa zwei Drittel des Vorkriegsstandes an (Monats-durchschnitt 6,9 Mill. t gegen knapp 11 Mill. t 1936). Fast drei Viertel aller beförderten Güter entfallen auf Kohle (50 vH), Kies und Sand (12 vH) sowie Getreide und Mehl (8 vH).

Dabei hat sich der Verkehr mit den Rheinmündungshäfen, der bis zum März 1948 nur von ausländischen Schiffen wahr-genommen werden durfte, weniger erholt; er betrug 1948 etwas mehr als ein Drittel des Vorkriegsstandes (1936). Im Jahre 1949 wurde knapp die Hälfte des Vorkriegsumfanges erreicht; infolge der Zunahme der Einfuhren über die Rheinmündungshäfen stieg der Bergverkehr stärker als der Talverkehr (2,3 Mill. t gegen- über 1,9 Mill. t). Seit Kriegsende entwickelte sich der Verkehr mit den Rheinmündungshäfen — in Jahresmengen — wie folgt:

1936 = 45,9 Mill. t 1948 = 16,3 Mill. t
1947 = 8,4 Mill. t 1949 = 20,5 Mill. t

Der Anteil der deutschen Flagge erreichte hierbei im November 1949 mit knapp 10 vH seinen bisher höchsten Stand (1936 = 25 vH). Etwa zwei Drittel des Verkehrs mit den Rheinmündungs-häfen wird mit holländischen Schiffen durchgeführt (1936 = 55 vH), der Rest verteilt sich auf Belgien, Frankreich und die Schweiz.

Der Binnenschiffsverkehr zwischen dem Bun-desgebiet und der sowjetischen Besatzungszone, der im Jahre 1949 zeitweise unterbrochen war, ist gering (November rd. 130 000 t).